

---

M.

---

Herr / Frau D  
Kreiskasse "Landratsamt" Wartburgkreis Firma nach UPIK: 328089623  
Erzberger Allee 14  
36433 Bad Salzungen

**25.02.14, Wutha-Farnroda**

**Ihr Zeichen: 2014/0000105**

**Betr.: Rüge der Zustellung + GEZ hat keine Rechtsgrundlage in der BRD**

Sehr geehrte Damen und Herren

Die von Ihnen beabsichtigte/durchgeführte Vollstreckung laut Inhalt des Schreibens meiner Bank und des angeblichen Schreibens von ihnen, das hier im Hause nicht angenommen worden war, aus folgenden Gründen rechtlich nichtig:

Sie beziehen sich auf ein „Verwaltungs-Vollstreckungs-Gesetz“ eines Landes Thüringen“. Mich interessiert wo der genaue Geltungsbereich des Verwaltungs-Vollstreckungs-Gesetz Thüringen liegt?

Weiterhin ist auszuführen, das genau dieser § 1 Ihres „Verwaltungs-Vollstreckungs-Gesetz Thüringen“ aufgrund Art. 31 GG (Bundesrecht bricht Landesrecht), genau diesem GG unterliegt. Schließlich ist im GG verankert, der gesetzliche Richter darf mir nicht entzogen werden. Dagegen kann auch Ihr „Verwaltungs-Vollstreckungs-Gesetz thüringen“ nichts ausrichten.

In dieser Sache gibt es keine richterliche Entscheidung. Ich habe bisher keine rechtsgültigen Urteile erhalten. Ohne Diese ist die „angeblich“ rechtskräftige Forderung jedoch nicht bestandskräftig und ohne den Erhalt eines rechtsgültigen Urteils kann keine Vollstreckung erfolgen, denn schließlich müssen auch Sie mein Recht auf Art. 103 GG wahren! Sie als Vollstreckungsbediensteter sind eine „Vollzugskraft“ müssten also Amtsträger sein, der die Rechtsnormen des Eingriffsrechtes vollzieht und einen Eid auf das GG geleistet hat (Siehe Eingangsformel). Eine Mißachtung des GG Ihrerseits stellt nach § 81 StGB einen Straftatbestand dar. Der § 81 Strafgesetzbuch stellt das tätige Unternehmen des Hochverrates unter Strafe. Der § 92 II Abs. 1 und Abs. 2 Satz 6 u. ff. StGB betrifft die Willkür und wird als Hochverfassungsverrat, also Verrat durch Willkür, unter Strafe gestellt.

Anschrift:

99848 Wutha-Farnroda

---

~~XXXXXXXXXXXX~~  
~~Mario Salheim~~

---

Ich weise Sie darauf hin, dass ich im Falle eines willkürlichen Aktes Ihrerseits gegen Sie persönlich ggf. gegen Vollziehungsbeamte, Amtsleiter und gegen weitere Angestellte Strafantrag und Strafanzeige mit Strafverfolgung stellen werde (Siehe Kausalitätsverhalten). Sollte die StA gegen Sie nichts finden (wollen), so werde ich aufgrund von GG Art. 20 (4) sowie § 34 StGB gegen Sie persönlich vorgehen.

Da bis zum heutigen Tag kein Friedensvertrag besteht, gelten bis zum Abschluß eines Solchen die so genannten SHAEF-Gesetze. (Gesetz Nr.76 Art. 1-5 der Alliierten vom 29. Januar 1945). Die klare Existenz des Staates „Deutsches Reich“ wurde durch die nachstehenden BRD-Urteile: "2Bv16/56, 2BvF1/73, 2BvR373/83" nach Offenkundigkeit (vgl. ZPO § 291/Analog) festgestellt und ist absolut grundlegend für weitere Rechtsprechungen. Auch der Geltungsbereich des ehemaligen DDR- Gebiets und die sogenannten neuen Bundesländer sind niemals rechtswirksam Bestandteil der BRD geworden, weil sie das nie konnten, denn es hat am 3. Oktober 1990 diesen Geltungsbereich des Grundgesetzes überhaupt nicht mehr gegeben! Er ist vorher rechtskräftig gestrichen worden! Die Streichung wurde im Bundesgesetzblatt vom September 1990 – also vor dem 3. Oktober 1990– als rechtswirksam vollzogen und verkündet. Einem am 3. Oktober 1990 nicht mehr vorhandenem Geltungsbereich des Grundgesetzes kann man aber nicht mehr rechtswirksam beitreten, das ist aus allen rechtlichen und sonstigen unmittelbar einleuchtenden Gründen absolut unmöglich. Dieser zum Beitritt bestimmte Geltungsbereich war also schlicht und einfach am 3. Oktober 1990 bereits weg! Das Grundgesetz sagt dementsprechend klar; Zitat wörtlich: -Das ganze Deutschland soll es sein – das in den Grenzen vom 31. Dezember 1937: Westdeutschland, Mitteldeutschland und die Ostgebiete! Dieser Geltungsbereich war niemals rechtswirksam und Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland. Das gilt nicht nur für die GEZ-Gebühr! Dieser nicht nur 15. Rundfunkstaatsvertrag ist nach geltendem EU-Recht gesetzwidrig, denn die GEZ-Gebühr verstößt gegen Art. 87 des EU- Rechts und Art. 10 Abs. 1 der europäischen Menschenrechtskonvention und ist ein „Staatsvertrag“, kein Vertrag mit mündigen Bürgern nach GG und der EU-Menschenrechtskonvention, die in Deutschland am 26. März 2009 ratifiziert wurde.

Zudem liegt die Sache mit der GEZ-Gebühr voll und ganz bei den Ministerpräsidenten der Bundesländer, denn sie haben im Rundfunkgebührenstaatsvertrag unterschrieben und machen sich somit nach Art.10 Abs. 1 der EU-Menschenrechtskonvention schwerer Menschenrechtsverletzungen schuldig.

Anschrift:

~~XXXXXXXXXXXX~~  
~~Mosbacher Straße 18~~  
99848 Wutha-Farnroda

---

~~Mano Salomon~~

---

Nach dem VwVfG, § 58 und dem § 44 VwVfG betrifft die Nichtigkeit nur einen Teil des Verwaltungsaktes, so ist er im Ganzen nichtig, wenn der nichtige Teil so wesentlich ist, dass die Behörde den Verwaltungsakt ohne den nichtigen Teil nicht erlassen hätte." (Absatz 4). (Wäre ein öffentlich-rechtlicher Vertrag in Bezug auf Dritte erst dann wirksam, wenn eine schriftliche Zustimmung vorliegt. Ferner wurde der Rundfunkgebührenstaatsvertrag mit dem zahlungsverpflichteten Bundesbürger unter Behauptung falscher Tatsachen geschlossen).

Ihre Ankündigung ist weiterhin ohne Unterschrift nichtig. (Diesen Satz klammere ich hier aus, da ich Ihr Schreiben nicht in der Hand habe) ( Die rechtlich zwingenden Grundlagen für die eigenhändige Unterschrift finden sich in den §§ 126 BGB (ranghöheres Recht!), 315 wie ZPO, 275 II StPO, 12 RPflG, 117 wie VwGO und 37 III VwVfG (ius cogens)! Hierbei ist aber zu beachten, daß es der ZPO, StPO, VwGO, dem VwVfG u.v.a.m. der Angabe des räumlichen Geltungsbereiches ermangelt! Gemäß der einschlägigen Rechtsprechung des BVerfG und BVerwG sind solche Gesetze daher nicht anwendbar und somit nichtig! Daher ist bei Hinweis auf ein Gesetz, grundsätzlich zu prüfen, ob ein räumlicher Geltungsbereich angegeben ist! Zur Schriftform gehört grundsätzlich die eigenhändige Unterschrift (cf. z.B. Urteil vom 6. Dezember 1988 BVerwG 9 C 40.87; BVerwGE 81, 32 Beschluss vom 27. Januar 2003; BVerwG 1 B 92.02 NJW 2003, 1544). Es besteht nur eine Ausnahme, die des § 37 Abs. 5 VwvG und diese trifft für Ihr Schriftstück nicht zu.

Die Quintessenz dieses Schreibens ist: Es existiert keine gesetzliche Grundlage für Ihr oder von der GEZ angestrebten Ansinnens. *Ihre geplanten, unbegründeten, willkürlichen Aktionen können daher schwerwiegende Konsequenzen, unter anderem auch für Sie persönlich, haben.*

Solange diese Klärung nicht letztinstanzlich abgeschlossen ist, werde ich mir, hinsichtlich der ungeklärten Lage, aufgrund des hiermit schwebenden Verfahrens, ab sofort keinen weiteren Zahlungsvorgang mehr tätigen.

Ich schlage vor, Sie übergeben die Sache wieder der „GEZ“.

Gleichzeitig erwarte ich Ihre schriftliche Stellungnahme, zu jedem dieser Punkte und erwarte den Rundfunkstaatsvertrag in Kopie, als Nachweis für die Forderungsberechtigung! Weiter fordere ich die Zusendung der

Anschrift:

~~XXXXXXXXXX~~  
~~Mosbacher Straße 11~~

99848 Wutha-Farnroda

---

Manne SalzhornXXXXXXXXXXXX

---

Körperschaftsurkunde der zustehenden Landesmedienanstalt.

Ich erwarte die

vollständigen Unterschriften aller Verantwortlichen, Ihre Legitimation und Position  
innerhalb der Landesmedienanstalt oder der GEZ!

Mit freundlichem Gruß,

Manne Salzhorn

PS.: Rechtlich relevante Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts vom  
30.11.2011; 09.11.2011 und weiterführende liegen vor.

Anschrift:

XXXXXXXXXXXX

Mosbacher Straße  
99848 Wutha-Farnroda

---

Mario Saltheim

---

Herr / Frau Demski / Reum  
Kreiskasse "Landratsamt" Wartburgkreis Firma nach UPIK: 328089623  
Erzberger Allee 14  
36433 Bad Salzungen

25.02.14, Wutha-Farnroda

**Ihr Zeichen: 2014/0000105**

**Betr.: Strafandrohung**

Sehr geehrte Damen und Herren

wie in meiner Zurückweisung Ihrer Pfändung bereits mitgeteilt, werde ich Strafanzeige erstatten, wenn die Bank das Geld von meinem Konto nimmt und an Sie herausgibt.

Diese trifft dann Sie genauso wie den Bankdirektor und auch die Sachbearbeiter der Bank.

Ein paar Links gefällig:

<http://ralfkaser.wordpress.com/2014/02/19/text-alternative-bzgl-igh-den-haag-urteil-022012-nr-20127-zdf-heute-ausstrahlung-122013-brd-ist-rechtsnachfolgerin-des-3-reiches/>

<https://www.facebook.com/notes/alexander-e-schr%C3%B6pfer/alliierte-erlassene-gesetze-die-bei-der-%C3%BCbernahme-dieses-hoheitsgebietes-beschlo/609755409073518>

Ihre Antwort erwarte ich bis zum 15.03.14.

Mit freundlichem Gruß,

*MARIO SALTHEIM*

Anschrift:

Mosbacher Straße 18  
99848 Wutha-Farnroda